

## Agrarpaket der Koalition

### Reaktionen auf Steuerentlastungen gemischt

Am Dienstag hat die Ampel-Koalition ein steuerliches Entlastungspaket für Agrarbetriebe angekündigt. Von Bürokratie bis Tierhaltung reicht die Spanne - doch das reicht vielen nicht.

Am Dienstag hat die Ampel-Koalition ein steuerliches Entlastungspaket für Agrarbetriebe angekündigt. Von Bürokratie bis Tierhaltung reicht die Spanne - doch das reicht vielen nicht. In der kommenden Sitzungswoche des Bundestags will die Regierungskoalition aus SPD, Grünen und FDP in Berlin ein Entlastungspaket für die Landwirtschaft verabschieden. Das haben die Vorsitzenden der Ampel-Fraktionen gestern verkündet, doch die Reaktionen sind skeptisch. Das Gesetzespaket ist gesondert vom Jahressteuergesetz entworfen worden, um mehr langfristige Maßnahmen unterzubringen. Am kommenden Montag wird sich auch der Finanzausschuss kurzfristig mit dem Agrarpaket befassen.

**Schlagabtausch mit Bauernpräsident**  
Der Präsident des Deutschen Bauernverbands (DBV), Joachim Rukwied, bewertet das von den Ampelfraktionen angekündigte Agrarpaket als "Päckchen", das längst überfällig sei. Es sei ein Schritt in die "richtige Richtung, bleibt jedoch weit hinter den Anforderungen der Landwirtinnen und Landwirte zurück" und bei seiner Grundsatzrede auf dem Bauerntag in Cottbus schob er nach: "Den Ankündigungen im Zuge der Proteste müssen jetzt Taten folgen. Alles andere wäre ein Wortbruch und würde das Vertrauen in die Politik weiter erodieren lassen." Gero Hocker von der FDP-Fraktion kontert in Berlin: "Mit seinen Forderungen agiert Bauernpräsident Rukwied gegen die Interessen deutscher Landwirte. Denn nicht Lebensmittelpreise, sondern Bürokratie, Auflagen und Fortschrittsfeindlichkeit sind der Grund dafür, dass Landwirte

mit ihrer unverzichtbaren Arbeit zu wenig Geld verdienen." Jürgen Mertz, Präseident des Zentralverband Gartenbau, ist der Ansicht: "Das Entlastungspaket verdient seinen Namen nicht. Lediglich die Wiedereinführung der Tarifglättung bringt eine gewisse Entlastung, allerdings nur zeitlich stark begrenzt bis 2028." Die bürokratischen Belastungen im Gartenbau bestünden nicht nur aus Problemen oder Lösungen innerhalb der EU-Agrarpolitik. Max von Elverfeldt, Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst schreibt in einer Erklärung ebenfalls, dass das vorgelegte Agrarpaket "weit hinter den Erwartungen und Ankündigungen zurück" bliebe. Jedoch sieht er die verlängerte Regelung zur steuerlichen Tarifglättung positiv.

**Opposition unzufrieden**  
Auch die Opposition im Bundestag sieht das Paket als enttäuschend an, so meint der Ackerbaupolitiker der CDU/CSU-Fraktion, Steffen Bilger: "Die Antwort der Ampel auf die Bauernproteste vom Jahreswechsel kommt spät und ist mehr als enttäuschend. Offensichtlich hat sich die Koalition auf nicht mehr als einen Minimalkonsens geeinigt." Auch Stephan Protschka (AfD) hat Kritik am Paket: "Das Gesetz ist nicht geeignet, um die Marktstellung der Landwirtschaft gegenüber der Ernährungsindustrie und mittelbar dem Handel zu verbessern, sondern erhöht stattdessen den Preisdruck auf die Landwirte noch zusätzlich." Er möchte die Angebotsseite durch verschiedene Formen der Kooperation stärken und die Marktmacht etwa durch Erzeugergemeinschaften verbessern, sowie die Aus-

nahmen vom Kartellverbot besser nutzen. Mit seinen Forderungen agiert Bauernpräsident Rukwied gegen die Interessen deutscher Landwirte.

**Backhaus ist enttäuscht**  
Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaftsminister Till Backhaus sieht die Einigung beim Agrarpaket skeptisch und meint: "Eine Einigung rechtzeitig zum Bauerntag mag auf den Blick erfreulich erscheinen, die Reformen bleiben aber weit hinter den Forderungen und Erwartungen der Branche zurück. Ich glaube, dass die Ampelfraktionen in Berlin immer noch nicht verstanden haben, dass wir dauerhaft gute politische Rahmenbedingungen brauchen, damit die deutschen Bauern heimische Lebensmittel produzieren können."

**Natur- und Wirtschaftsverbände**  
Ebenfalls ist Cäcilia von Hagenow vom NABU nicht zufrieden: "Doch sie allein wird nicht ausreichen, den zuletzt dramatischen Abbau von Mindeststandards beim Naturschutz in der EU-Agrarpolitik auszugleichen." In dieses Horn stößt auch der Geschäftsführer des Wirtschaftsrat Deutschland, Wolfgang Steiger, moniert: "Wenn man vorher um rund 500 Millionen Euro belastet, dann kann man sich doch für ein Paket mit 150 Millionen Euro Entlastungsvolumen nicht feiern lassen.", Steiger betont: Es ist enttäuschend, dass die Ampel erneut die Landwirte hängen lässt. Es zeigt sich einmal mehr, dass andere Parteien das Rückgrat unserer Lebensmittelversorgung mehr zu wertschätzen wissen."

Patrick Pehl